

Dunkle Wolken über Österreichs Wirtschaft

Italiens Staatsverschuldung, Deutschlands wirtschaftliche Schwäche, mögliche US-Strafzölle und der Brexit . . . GEWINN fragte bei heimischen Wirtschaftsexperten nach, wie wahrscheinlich diese viel diskutierten Bedrohungsszenarien sind und welche Auswirkungen sie auf die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich hätten.

VON LINDA BENKÓ UND MARTIN MAIER

„Kein Übel ist so groß wie die Angst davor“, wusste schon der römische Philosoph Seneca. Oder: „Zu Tode gefürchtet, ist auch gestorben“, wie es im Volksmund heißt. Dennoch kann es durchaus sinnvoll sein, wahrscheinliche oder weniger wahrscheinliche Szenarien im Auge zu behalten, die eine Bedrohung – zum Beispiel für die Wirtschaft – darstellen. Denn im aktuellen Konjunkturmilieu, das von einer generellen Abkühlung geprägt ist, sollte man sich nicht auf dem falschen Fuß erwischen lassen. GEWINN extra hat sich daher bei heimischen Ökonomen und Wirtschaftsforschern umgehört, welche der viel diskutierten Szenarien tatsächlich eine Bedrohung für Österreichs Wirtschaft darstellen.

Bedrohung Nr. 1: Italien stürzt die Euro-Zone in eine Krise

Im Herbst letzten Jahres hatte die italienische Regierung die EU-Kommission und die Finanzmärkte mit der Ankündigung, aufgrund stark steigender Staats-

Die italienische Regierung und insbesondere Innenminister und Chef der rechten Regierungspartei Lega, Matteo Salvini, provozierten letzten Herbst durch eine Abweichung vom vorgeschriebenen Sparkurs für das hochverschuldete Land einen Budgetstreit mit der Europäischen Union



ausgaben das Budgetdefizit im italienischen Staatshaushalt für 2019 auf 2,4 Prozent zu steigern, in Aufregung versetzt. Die Risikoauflagen für italienische Staatsanleihen gingen sprunghaft nach oben, und viele sahen darin den Anfang einer neuen Euro-Krise, ausgelöst durch ein Land, das mit 130 Prozent (gemessen

am Bruttoinlandsprodukt) bereits die zweithöchste Staatsschuldenquote in der Euro-Zone aufweist.

„Zwar ist die italienische Regierung sehr ambitioniert an die Budgetplanung herangegangen, hat dann aber aufgrund der harschen Reaktion der Märkte letzten Endes ein Budget vereinbart, das die EU-Vorgaben erfüllt. Die Regierung hat gelernt, dass hier gewisse Gesetze der Schwerkraft gelten“, meint dazu Stefan Bruckbauer, Chefvolkswirt der Unicredit Bank Austria. Aus seiner Sicht sollte Italien auch den Anstieg der Zinsen für ihre lang laufenden Staatsanleihen auf aktuell 2,4 Prozent verkraften: „Die Zinsen sind zwar im Vergleich zu Deutschland relativ hoch, aber immer noch günstiger als der Altbestand an Staatsanleihen, für den sie drei Prozent Zinsen zahlen müssen.“

Auch Friedrich Mostböck, Head of Group Research der Erste Bank, sieht eher keine Schuldenkrise in Italien, da die Staatsschulden in den USA, Japan

Die Märkte sehen Italiens Budgetpolitik (wieder) als Bedrohung

Renditeaufschläge von italienischen Staatsanleihen im Vergleich zu deutschen



und weiteren Ländern teils sogar eklatant über dem Niveau in Italien liegen.

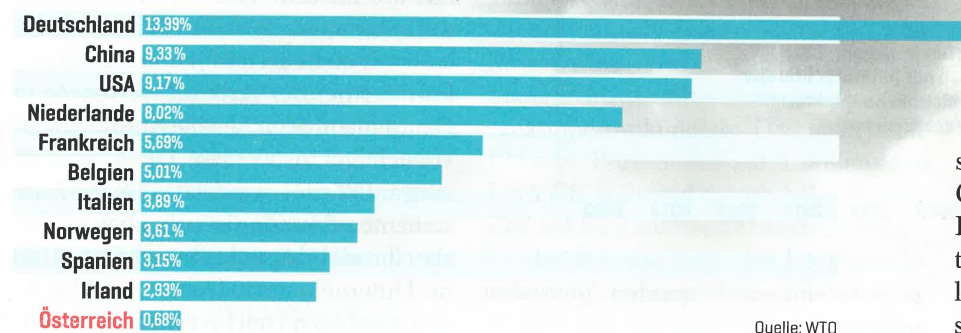
Martin Kocher, Direktor des Instituts für höhere Studien, erkennt keine unmittelbare Gefahr, die von Italien ausgeht, aber langfristig einen „gefährlichen Faktor für die Stabilität des Euro-Raums und für die konjunkturelle Entwicklung in Österreich“. Beim Vortrag im Rahmen des Investment Forums, das von Spängler Iqam Invest in Salzburg im März veranstaltet wurde, erläuterte er den weit zurückreichenden Grund: „Italien hat das Problem, dass es seit 1992 kein Produktivitätswachstum aufweist. Das Land hat einfache Strukturen, die nicht wachstumsfreundlich sind. Und die Möglichkeit, wie früher bei der Lira einfach die Währung abzuwerten, um wettbewerbsfähig zu bleiben, ist im Euro nicht gegeben. Wenn die das nicht lösen können, wird Italien irgendwann zum Problemfall für die Euro-Zone werden und möglicherweise ausscheiden müssen.“



Der Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der EU sorgte bisher für politische Turbulenzen und handfeste wirtschaftliche Probleme, die sich im Fall eines Hard Brexit noch verschärfen würden

Vereinigtes Königreich ist ein wichtiger Absatzmarkt für Europa

Anteil an Warenimporten 2017



Quelle: WTO

Rund 14 Prozent der Importe in das Vereinigte Königreich kommen aus Deutschland, das in jedem Fall mit wirtschaftlichen Folgen des Brexit rechnen muss. Österreich sollte die Folgen eher indirekt spüren

Bedrohung Nr. 2: Das Brexit-Chaos würgt die Konjunktur in Europa ab

Die Sachlage ist nach Monaten des Hickhacks bestens bekannt, auch wenn man angesichts der vielen Richtungswechsel in den Verhandlungen leicht den Überblick verliert. Wie auch immer der Brexit-Krimi letzten Endes ausgehen mag, für die wirtschaftliche Entwicklung im Vereinigten Königreich und in der Europäischen Union wird es mehr oder minder negative Folgen haben.

„Das nachhaltige Problem sind nicht so sehr Fragen der Grenzziehung, sondern der Wertschöpfungsketten, die mit einem Schlag durchbrochen sind, mit entsprechenden enormen Konsequenzen“

so RBI-Chefökonom Peter Brezinschek. Die RBI hat in ihrem jüngsten Ausblick kein „No Deal“-Szenario zugrunde gelegt. „Unsere Schätzung für einen harten Brexit liegt aber bei 30 Prozent, bis im Februar waren es nur 15 Prozent.“ Brezinschek prognostiziert für Österreich für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent, für 2020 von 1,2 Prozent. Sollte es aber zu einem ungeordneten Austritt Großbritanniens aus der EU kommen, müssten die Schätzungen deutlich zurückgenommen werden.

Mostböck schließt einen Hard Brexit ebenfalls nicht aus, seine Wahrscheinlichkeitsprognose: 50 Prozent. „Aber die EU ist in einer komfortablen Situation,

sie muss einfach nur abwarten.“ Sollte Großbritannien die EU im Fall des Hard Brexit wie einen Drittstaat bezollen, könnte dies das Wachstum in Deutschland langfristig um bis zu 0,8 Prozent schwächen, schätzt Gabriel Felbermayr, Chef des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel (IfW), jenes in Österreich um bis zu 0,3 Prozent. Betroffen wären vor allem die Autobauer, denn die eng gefassten Lieferketten, bei denen Bauteile zu den Produktionsbändern gebracht werden müssen, könnten unterbrochen sein, wenn an den Grenzen zum Vereinigten Königreich kontrolliert werden müsste.

Ein unregelmäßiger EU-Austritt der Briten bedroht einer Studie zufolge rund 6.000 heimische Arbeitsplätze. „In Österreich könnten direkt 2.000 und indirekt 4.000 Arbeitsplätze betroffen sein“, geht aus einer Untersuchung des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle und der Martin-Luther-Uni Halle-Wittenberg hervor.

Andere wiederum schätzen die Konsequenzen für Österreich geringer

Deutsche Autobauer, wie hier Volkswagen, hatten im zweiten Halbjahr Absatzrückgänge, die sich auf die deutsche Gesamtwirtschaft negativ auswirken

ein: Einer Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge wäre Österreich bei einem Hard Brexit wirtschaftlich gesehen deutlich weniger betroffen als andere EU-Länder. Demnach hätte Österreich beim Wohlstand nur 0,2 Prozent an Einbußen zu befürchten. In manchen Fällen tun sich vereinzelt vielleicht sogar Chancen für heimische Betriebe auf: Am Rande des Genfer Autosalons im März ließ BMW-Vorstand Peter Schwarzenbauer damit aufhorchen, BMW könnte im Fall des „No Deal“ seine Motorenprodukti-



Deutschlands Wirtschaft bremst sich ein

Veränderung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorjahr, inflationsbereinigt, ab 2019 Prognose der OECD



on aus Großbritannien nach Steyr verlagern.

Szenario 3: Deutschland schlittert durch Autobauer in eine Rezession

Im zweiten Halbjahr schrammte die deutsche Wirtschaft noch ganz knapp an einer Rezession vorbei, die dann laut Definition auftritt, wenn die Wirtschaftsleistung in



Martin Kocher, IHS-Direktor beim Investment Forum von Spängler Iqam Invest: „Ein verschärfter Protektionismus in der Weltwirtschaft wäre insbesondere für eine kleine, offene Volkswirtschaft wie Österreich eine Bedrohung.“



Friedrich Mostböck, Head of Group Research der Erste Bank: „Sehe keine Schuldenkrise in Italien, da die Staatsschulden in den USA, Japan und weiteren Ländern teils sogar eklatant über dem Niveau in Italien liegen.“



Stefan Bruckbauer, Chefökonom Unicredit Bank Austria: „Wir erwarten jetzt für Deutschland 2019 gar nur 0,6 Prozent Wirtschaftswachstum, das schwächste Wachstum in Deutschland seit mehr als fünf Jahren.“

stellte sich heraus, dass dahinter nicht bloß temporäre, sondern permanente Faktoren stecken“, meint Kocher.

Laut Bruckbauer mussten daher alle Prognosen für das Wachstum im Euro-Raum und vor allem auch in Deutschland für 2019 zurückgenommen werden: „Wir erwarten jetzt für Deutschland 2019 gar nur 0,6 Prozent Wirtschaftswachstum, das schwächste Wachstum in Deutschland seit mehr als fünf Jahren. Trotz Rekordtief bei der Arbeitslosenquote in Deutschland beginnen die Konsumenten vorsichtiger zu werden. Die Sparquote stieg auf Werte wie zuletzt 2008, die Konsumentenstimmung ist zwar noch gut, hat aber ihren Höhepunkt überschritten. Und die Unternehmen in Deutschland halten sich zunehmend mit Investitionen zurück.“

Sind das Zeichen für eine „ausgewachsene“, gesamtwirtschaftliche Rezession in Deutschland? Mostböck sieht dafür nur eine 15-prozentige Wahrscheinlichkeit: „Das ist ein mögliches Risiko, aber Deutschland ist nicht nur die Autoindustrie.“ Auch IHS-Chef Kocher ist

zwei aufeinanderfolgenden Quartalen schrumpft.

Als Ursache für diesen Durchhänger wurden zunächst temporäre Absatzschwierigkeiten bei den deutschen Autoherstellern ausgemacht, weil diese aufgrund geänderter Abgasvorschriften teilweise nicht genügend Autos liefern konnten. „Doch in den ersten Monaten 2019

US-Strafzölle auf Autos würden in Österreich 3.000 Jobs kosten

Simulationen zur Auswirkung einer einseitigen Zollerhöhung der USA auf Autoimporte [auf 25%], kurzfristige Effekte [ADAGIO-Modell]

	BIP-Effekt	Beschäftigungseffekt (Arbeitsplätze)
Österreich	-0,1%	-3.000
Deutschland	-0,2%	-69.000
EU-28	-0,1%	-198.000

Quelle: WIFO

US-Strafzölle auf Autoimporte aus der EU würden Österreich zwar kaum direkt treffen, aber als Zulieferer für deutsche Autobauer wären die Auswirkungen auch hierzulande zu spüren

eher optimistisch: „Es deutet vieles darauf hin, dass es sich in Deutschland um eine kurze Wachstumsdelle handelt, die nicht zu einer substantiellen Abkühlung in Richtung Rezession führt. Insbesondere für nächstes Jahr erwarten alle bessere Wachstumszahlen – das ist insbesondere für Österreich wichtig.“

Denn eine konjunkturelle Eintrübung in Deutschland bleibt nicht ohne Spuren für Österreich. Die Faustregel des IFW: Ein Wachstumsrückgang von einem Prozentpunkt in Deutschland bedeutet ein Minus von einem Viertelprozentpunkt in Österreich. Österreich ist für Deutschland der siebtwichtigste Handelspartner, während der deutsche Nachbar im Handel bei uns an erster Stelle steht.

Szenario 4: Der Handelskonflikt zwischen USA und Europa eskaliert

Letztes Jahr im Juli, als US-Präsident Donald Trump der Europäischen Union weitere Strafzölle auf Exporte in die USA androhte, konnte der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei einem Krisengipfel überraschenderweise eine

Das nachhaltige Problem beim Brexit sind nicht so sehr Fragen der Grenzöffnung, sondern der Wertschöpfungsketten, die mit einem Schlag durchbrochen sind“, so RBI-Chefökonom Peter Brezinschek



US-Präsident Donald Trump hat mehrfach, zuletzt Mitte April, im Streit um Beihilfen für den europäischen Luftfahrtkonzern Airbus mit Strafzöllen für Europa gedroht

weitere Eskalation vorerst noch abwenden. Doch das Thema war seither nie ganz weg vom Tisch und kochte zuletzt wieder auf, als Trump Mitte April im Streit um Subventionen für den Flugzeugbauer Airbus milliardenschwere Zollsanktionen kündigte. Derzeit hebt die EU zehn Prozent Zoll auf Autos aus den USA ein, während die USA 2,5 Prozent Zoll auf Pkw aus der EU verrechnen.

Im Februar hatte das US-Handelsministerium einen Prüfbericht über die Bedrohung der nationalen Sicherheit durch Autoimporte an den Präsidenten übergeben. Seitdem läuft eine Frist von 90 Tagen, innerhalb derer entschieden wird, ob es auf dieser Grundlage Zölle von bis zu 25 Prozent auf Autoeinfuhren geben soll. Das wäre nach Ansicht vieler Experten ein herber Schlag für deutsche Autobauer und indirekt auch österreichischer Zulieferbetriebe. So würden laut einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes im Fall von 25-Prozent-Strafzöllen der USA auf Autoimporte aus Europa in Österreich rund 3.000 Arbeitsplätze verlorengehen (siehe oben.)

Aber wie wahrscheinlich ist eine weitere Eskalation im Handelskonflikt? Immerhin gelten die USA als wichtigster Exportmarkt Deutschlands und die wichtigste Destination für Direktinvestitionen deutscher Unternehmen. „Sollte Trump

zumindest einen vorübergehenden Pakt mit China erzielen und so ganz nebenbei auch einen politischen Erfolg verbuchen können, hätte er wiederum den Rücken für Europa frei“, analysiert Brezinschek.

Auswirkungen schwer einschätzbar

Aber US-Strafzölle könnten sich für die Autobranche als unwirksam erweisen, ließ Branchenexperte Ferdinand Dudenhöffer im Gespräch mit der Nachrichtenagentur AFP aufhorchen. Oberklassewagen-Käufer würden sich nicht abhalten lassen. Für deutsche Automodelle der mittleren Preisklasse könnten die Produktionskapazitäten in den USA erhöht werden. Autos der unteren Preisklassen würden schon jetzt in Mexiko gebaut und könnten im Rahmen des Freihandelsabkommens Nafta in die USA eingeführt werden. Auch bei der Zulieferung von Autoteilen sieht Dudenhöffer kein Problem. Große Autoteile würden schon jetzt von US-Zulieferern hergestellt.

„Ein verschärfter Protektionismus in der Weltwirtschaft wäre insbesondere für eine kleine, offene Volkswirtschaft wie Österreich eine Bedrohung. Allerdings ist Österreichs Wirtschaft inzwischen deutlich stärker diversifiziert und nicht mehr so stark abhängig von einzelnen Branchen“, resümiert Kocher.